

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie uns mit einem kurzen Rückblick beginnen, damit wir die Große Anfrage auch in den richtigen Kontext einordnen können. Ende Mai waren „Milch“, „Milchboykott“ und die Proteste der deutschen Landwirte vorherrschende Stichwörter in den Schlagzeilen in den Medien. Ziel der Bauern war es, die Auszahlungspreise des hoch qualitativen Produkts Milch auf über 40 Eurocent anzuheben, nachdem er von einem Zwischenhoch im Jahr 2007 wieder deutlich gesunken war. Die mehr oder weniger einfache Erklärung dazu lautete, es gab einfach zu viel Milch, es wurde zu viel Milch produziert, und infolge dessen sinken am Markt die Preise.

Die Diskussion im Frühjahr war nicht nur durch Argumente geprägt, sondern auch stark mit Emotionen behaftet. Auf dem Höhepunkt des Boykotts gab es endlich Signale der Entspannung vonseiten des Lebensmitteleinzelhandels. Verschiedene Discounter erhöhten sogar die Preise, wobei allerdings wenig bei den Erzeugern ankam. Meine Damen und Herren, auch das ist Marktwirtschaft: Nur 40 % der Milch gehen in den Handel, der Rest geht in die Industrie und vor allem in den Export. Schließlich war der Druck so groß, dass sich Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer sogar zum Handeln gezwungen sah. Ende Juli trafen sich der Deutsche Bauernverband, der Milchviehhalterverband, die Länder, die Biobauern, die Molkereien und der Einzelhandel zum Milchgipfel in Berlin. Neben verschiedenen Maßnahmen, die die Milchmenge reduzieren und den Preis anheben sollten, stand dort ein sogenannter Milchfonds im Mittelpunkt, aus dem jährlich 300 Millionen Euro als Ausgleichszahlungen an die Milchbauern fließen sollen. Es wird sich allerdings zeigen, ob sich diese Forderung aufrechterhalten lässt, da die EU- Kommissarin Fischer Boel die Einrichtung eines solchen Fonds bereits abgelehnt hat. In diesem Bereich wird man also, will man erfolgreich sein, hartnäckig bleiben müssen, wenn man diesen Fonds wirklich durchsetzen will. Im Moment ist es ziemlich ruhig geworden, obwohl sich die Lage wenig geändert hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt im Wesentlichen zwei Strategien – oder sollte ich besser sagen „Glaubensrichtungen“ –, wie man nun weiter vorgeht: Die eine spricht sich für die Abschaffung der Milchquote bis zum Jahr 2015 aus. Dies bedeutet eine weitere Liberalisierung des Marktes mit allem, was dazugehört. Die andere Strategie will Systeme einführen, die die Milchmengen steuern und die Märkte abschotten. Schaut man sich aber die Entwicklung an – die Beantwortung

der Großen Anfrage bietet dazu eine Fülle an Fakten –, so bleibt doch als realistische Erkenntnis, dass der Strukturwandel kaum oder gar nicht aufzuhalten ist. Dies bedeutet aber meiner Meinung nach, dass man am anvisierten Quotenausstieg bis zum Jahr 2015 ohne Wenn und Aber festhalten sollte und bis dahin mit begleitenden Maßnahmen – beispielsweise mit der Senkung der Superabgabe – die sogenannte weiche Landung vorbereiten sollte.

Die durch die Gemeinsame Agrarpolitik eingeleitete Reform bietet aber auch Chancen für unsere Milchviehbetriebe, die sich wettbewerbsfähig aufgestellt haben oder aufstellen wollen. Den Prozess, dass sich die Landwirte noch viel mehr als Unternehmer auf einen weltweiten, globalen Markt einstellen müssen, müssen wir in Rheinland- Pfalz unterstützen. Ich bin froh darüber, dass Herr Staatsminister Hering dies immer wieder hervorhebt. Gestern, auf dem parlamentarischen Abend der Landwirtschaftskammer, hat er dies noch einmal betont und für den Umstrukturierungsprozess sogar zusätzliche Mittel in Aussicht gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Uns jedenfalls liegt es sehr am Herzen, den wichtigen Zweig der heimischen Landwirtschaft gerade bei uns in den Mittelgebirgsregionen zu erhalten. Wir werden uns dafür in aller Konsequenz einsetzen.

Ich bin froh darüber, dass wir unseren Entschließungsantrag zu diesem Thema gemeinsam im Ausschuss beraten können. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD)